

Ludwig Watzal

# Sauna-Diplomatie

## Heiße Luft in der deutschen Außenpolitik

Die epochalen Veränderungen des Jahres 1989/90 haben nicht nur die *raison d'être* der Europäischen Integration, sondern auch die Grundlage der deutsch-französischen Beziehungen in ihren Fundament erschüttert. Dies wird zwar von allen Seiten geleugnet, aber die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten sind gestört, weil die jeweiligen Politikkonzepte unterschiedliche Ziele verfolgen. Die Zeit des deutsch-französischen Sonderverhältnisses neigt sich unweigerlich ihrem Ende zu.

Welch marginale Rolle Europas in der aktuellen Lage spielt, hat der Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich deutlich gemacht. Unter Jacques Chirac werden in absehbarer Zeit von dort keine bahnbrechenden europapolitischen Initiativen zu erwarten sein. Frankreich wird wieder verstärkt seine nationalen Interessen in Europa einbringen. In dieser sich renationalisierenden internationalen Landschaft wirkt Bundeskanzler Helmut Kohl geradezu als integrationspolitisches Fossil.

Gerade auch wegen der unerschwelligen deutsch-französischen Dissonanzen rückt die Frage Quo vadis Germania? an zentralere Stelle. Daß sie unsere Nachbarn bereits beunruhigt, mußte in Deutschland eigentlich eine intensive Debatte über die Ziele deutscher Außenpolitik auslösen. Nichts von alledem passiert. Auf die ersten bedenkenswerten

Tastversuche Bundespräsident Roman Herzogs reagierte die politische Klasse mit tiefem Schweigen. Man ergeht sich dagegen in bequemer Integrationsrhetorik, um sich um eine Definition deutscher Interessenlagen herumzumogeln. Mit dieser verwaschenen Haltung sind unsere europäischen Nachbarn schon seit langem unzufrieden.

Die Zeit vor 1989 war für die teilsouveräne Bundesrepublik eine vergleichsweise traumhafte Zeit. Bei jeder aufkommenden internationalen Krise konnte man sich den Verbündeten verweigern, ihnen sagen: Ohne uns! Bestenfalls war man zu flankierenden humanitären Maßnahmen oder der Übernahme finanzieller Lasten bereit. Die politische Klasse dachte in Modellen, die sich im rauher werdendem Klima als das erwiesen haben, was sie immer schon waren, nämlich Traumgebilde. Mit den revolutionären Veränderungen des Jahres 1989 fiel nicht nur die Mauer, sondern auch das Denken in alten Schablonen.

Glaubte man zunächst noch, daß nun eine Periode ewigen Friedens angebrochen sei, wurde die politische Elite Deutschlands durch den Golfkrieg im Januar 1991 auf den harten Boden der machtpolitischen Realitäten zurückgeholt. Plötzlich war Deutschlands politisches und militärisches Engagement gefordert. In diesem Konflikt, in dem es letztendlich um die Existenz Israels ging,

hat die gesamte politische Elite des Landes versagt.

Die Ereignisse des Jahres 1989 haben das machtpolitische Koordinatensystem völlig verschoben. Sie setzten der anachronistischen Vielvölkerstaatlichkeit ein Ende und verhalfen dem Prinzip der Nationalstaatlichkeit zu universeller Gültigkeit. Die in postmodernen und supranationalen Gefilden schwelgende deutsche Elite konnte mit der Renaissance der Nationalstaaten und der damit einhergehenden Renationalisierung der Politik nichts anfangen. Als „Gegengift“ empfahlen sie die Auflösung derselben. Daß ein solcher Vorschlag aus Deutschland kommt, sollte im Ausland nicht verwundern. Keinem Franzosen, Engländer, Italiener oder Schweizer würde es auch nur im Traum einfallen, auf solch eine Idee zu verfallen.

Auch die politische Klasse in Frankreich hat die weltpolitischen Veränderungen noch nicht verdaut. Deutschland wurde im Zuge dieser Machtverschiebung von der Peripherie ins Zentrum europäischer Politik katapultiert, Frankreich dagegen vom ersten auf den zweiten Platz in Europa verwiesen. Diese Tatsache erfordert ein neues Denken beidseits des Rheins. Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat solange funktioniert, wie sich Deutschland mit der Rolle des Juniorpartners abgefunden und Frankreichs Führungsrolle in Europa nicht in Frage gestellt hatte.

Der alte Bilateralismus ist aber obsolet geworden. Um seine alte Führungsrolle in Europa wiederzuerlangen, versucht Frankreich durch die Maastricht-Verträge von 1991 die darin konzipierte Wirtschafts- und Währungsunion dazu zu nutzen, die Deutsche Mark als europäische Leitwährung zu europäisieren. Dieses Ziel wird Frankreich auch unter Chirac vehement verfolgen.

### *Französische Ungeduld*

Solch französische Ungeduld und das Drängeln sollte bei den Deutschen die Alarmglocken schrillen lassen. Auf der anderen Seite stellten sich die deutschen Politiker ein Armutszeugnis aus, als der französische Verteidigungsminister Francois Leotard am 7. Januar in der „Süddeutschen Zeitung“ diplomatisch eine Selbstverständlichkeit in Erinnerung rufen mußte, und zwar den Einsatz der deutschen Luftwaffe, falls die Bündnispartner im Falle eines Abzuges aus Bosnien in Gefahr gerieten. Das deutsch-französische Verhältnis kann in Zukunft

nur funktionieren, wenn es ein gleichberechtigtes ist.

Von deutscher Seite sind vorerst also keine praktikablen außenpolitischen Gegen-Entwürfe zu erwarten. Für die Franzosen sind deshalb die Briten der kompetentere außenpolitische Partner. Beide Staaten nähern sich derzeit einander an. Steht sogar eine Neuauflage der Entente wie zu Beginn des Jahrhunderts auf der Tagesordnung? Beide wollen durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) das Profil der EU in ihrem Sinne auf außenpolitischem Gebiet schärfer zur Geltung bringen. In diesem französisch-britischem Tandem ist für Deutschland momentan allenfalls Platz auf dem Sozios. Zu mehr scheinen sich aber auch die Regierenden in Deutschland nicht bequemen zu können.

Auf lange Sicht kommt Deutschland außenpolitisch nicht darum herum, sich wie ein normaler Nationalstaat zu verhalten und eine eigenständige Interessenpolitik zu betreiben; alles andere wäre ein „Sonderweg“. Beide Termini, „normaler Nationalstaat“ und „nationale Interessenpolitik“, sind jedoch in Deutschland heftig umstritten. Ein zentraler Einwand lautet: Deutschland könne aufgrund seiner Geschichte niemals ein normaler Nationalstaat werden und eigene Interessen verfolgen.

Das historische Erbe stellt in der Tat eine schwere Last dar. Daß man unsere Geschichte nicht einfach durch eine Schlußstrich-Forderung entsorgen kann, wie dies gewisse Kreise in Deutschland fordern, dürfte einsichtig sein. So ist nicht primär die „selbstbewußte Nation“, sondern die selbstbewußte Demokratie gefordert. Sie setzt aber die Annahme seiner selbst und seiner Geschichte voraus; die ist aber das Gegenteil einer Schlußstrich-Mentalität. Schuldannahme und Selbstbewußtsein sind zwei Seiten derselben Medaille. Mit diesem Bewußtsein wird historisch nichts relativiert. Die Nazi-Greueln bleiben singular und einzigartig. Zwischen der Erinnerung an diese Ereignisse und einer nationalen Interessenpolitik, die jeder Nationalstaat verfolgt, muß es keinen Widerspruch geben. Aus diesem Bewußtsein heraus sollte deutsche Außenpolitik gestaltet werden.

Daß sich deutsche Außen- und Interessenpolitik an den vielfältigen regionalen und globalen Interdependenzen, die unser Land mit anderen Staaten verbinden, orientieren muß, ist eine Selbstverständlichkeit. Diese widersprüchlichen Kräfte und Interessen sind immer schon

Determinanten des internationalen Systems gewesen. Macht und Interesse haben die Beziehungen von alters her zwischen den Staaten bestimmt. Die Kräfte, die die internationale Politik bestimmen, scheinen den Deutschen jedoch weitgehend fremd geblieben zu sein. Unser Verhältnis zur Macht und zur Machtpolitik scheint aufgrund unserer Geschichte zerrüttet. Diese Skrupel sind nur bedingt nachvollziehbar. Der Nationalstaat handelt primär interessengeleitet, da helfen auch keine gemeinsamen Saunagänge und persönliche Freundschaftsbekundungen; sie sind letztendlich sekundär.

### *Deutsches Credo*

Als Credo deutscher Außenpolitik könnte formuliert werden: Verfolgung deutscher Interessen, das deutsch-französische Verhältnis, die enge Partnerschaft mit den USA und die Vereinigung Europas auf Nationalstaatsebene. Die nationale, die europäische und die atlantische Orientierung bildet die Interessentriade deutscher Außenpolitik. Sie darf niemals in die Lage kommen, in der sie sich zwischen der französischen und der atlantischen Option entscheiden muß.

Daß ein dringender außenpolitischer Handlungsbedarf besteht, zeigt das Beben auf dem Balkan, aber auch die Konflikte im Kaukasus und dem Maghreb. Sie machen deutlich, daß es nicht gelungen ist, Sicherheit zu exportieren. Die EU erscheint in dieser an Konflikten reicher werdenden Welt völlig hilflos. Sie verfügt nicht über die Kraft, ihre regionalen Probleme zu lösen, geschweige dann in globale Sphären vorzustoßen.

Realismus und nicht Utopismus sind deshalb gefragt. Die „everybody's darling-Mentalität“ gilt in int. Beziehungen als unpolitische Haltung. Die europäische Integrationspolitik muß grundsätzlich auf den Prüfstand. Die Frage muß beantwortet werden, welches die Probleme sind, die die souveränen Nationalstaaten in Kooperation nicht lösen und die somit nur von einer supranationalen Organisation bewältigt werden können.

Die Behauptung, daß der Nationalstaat die Probleme nicht mehr gemeinschaftlich mit anderen Staaten lösen könne, entspricht eher einem dogmatischen Glaubenssatz als der Realität. Deutschlands Zukunft wird deshalb in einem Europa der Vaterländer liegen, ein Staatenland, in dem sich Nationen in enger Kooperation den gemeinsamen Problemen stellen müssen.